



Rainer Arnold

Mitglied des Bundestages
Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

04.03.2015

Mittel aus Investitionspaket sind verteilt

5 Milliarden Euro zusätzlich für Kommunen

**Arnold: Breit angelegtes Investitionspaket ist
Kernanliegen der SPD**

**BERLIN (ale). Schon im November hatte die
Bundesregierung beschlossen, für die Jahre 2016
bis 2018 zusätzliche 10 Milliarden Euro
bereitzustellen. Fließen sollen die Mittel in
Kommunen, Investitionen in Verkehrswege,
schnelles Internet, Städtebau und Klimaschutz.
Nun sind die Gelder verteilt.**

So fließen 4,3 Milliarden zusätzlich in den Bau von
Straßen, Schienen und schnelles Internet. Für den
Nürtinger Abgeordneten Rainer Arnold (SPD) ist das
dringend benötigte und gut investierte Geld: „Auch
im Kreis Esslingen brauchen wir mehr Mittel für



Rainer Arnold MdB

dringend benötigte und allseits befürwortete Straßenbauprojekte. Die flächendeckende Anbindung an schnelles Internet, auch außerhalb der Ballungszentren, ist zudem Grundvoraussetzung für den Erfolg unserer Unternehmen.“

1,2 Milliarden zusätzlich sind für den Klimaschutz und Maßnahmen zur Energieeinsparung vorgesehen, eine weitere Milliarde geht in den Hochwasserschutz und Städtebau. „Dieses Investitionspaket war für uns ein Kernanliegen“, so Arnold, „und gerade in Zeiten hoher Steuereinnahmen sind solide Finanzpolitik und mehr öffentliche Investitionen kein Widerspruch sondern eine Sicherung für die Zukunft.“

Dies gilt auch für einen weiteren Punkt des Investitionspakets, die zusätzlichen Mittel für Kommunen. So war vorgesehen, die Kommunen von 2015 bis 2017 um jeweils eine Milliarde Euro zu entlasten. Nun erhalten die Städte und Gemeinden im Jahr 2017 noch 1,5 Milliarden oben drauf. Außerdem richtet der Bund einen Investitionsfonds mit 3,5 Milliarden Euro ein. Dieses Geld soll bis 2018 vor allem an finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden fließen. Rainer Arnold verweist darauf, dass diese Mittel Teil eines Gesamtpakets sind:



Rainer Arnold MdB

„Gemeinsam mit dem schon beschlossenen zusätzlichen Mitteln für Kindertagesstätten, für die Städtebauförderung und der Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen summieren sich die Hilfen für Kommunen zwischen 2015 und 2018 auf über 15 Mrd. Euro. Unterm Strich haben wir damit das seit Jahrzehnten größte Entlastungsprogramm für Kommunen auf den Weg gebracht“.

Der für das Investitionsprogramm nötige Nachtragshaushalt soll am 18. März vom Bundeskabinett beschlossen werden.